

# **BUNDESWEITE VERNETZUNG GEGEN KÜRZUNGEN**

## **Erklärung des Bündnisses gegen die Kürzungspolitik vom 25. März 2025**

Wir stehen vor einer entscheidenden Weggabelung. Die aktuellen Kürzungen treffen die zentralen Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens: Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, Kultur, Bildung, Jugend, Familie, Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, Antirassismus und Antidiskriminierung sowie Inklusion und Integration. Sie sind keine abstrakte Gefahr - sie sind längst Realität und verschärfen die wachsende soziale Ungleichheit.

Diese Politik trifft vor allem diejenigen, die keine Lobby haben sowie jene, die unsere Gesellschaft am Laufen halten: Also UNS, die Mehrheit der Bevölkerung, die arbeitet, Kinder großzieht, Angehörige pflegt oder sich ehrenamtlich engagiert und die nicht zu den Reichen und Mächtigen gehört, sondern den Reichtum real erwirtschaftet.

Das vermeintliche "Sparen um jeden Preis" ist ein teurer Fehler – finanziell, wie sozial. Zudem kostet der Wiederaufbau gestrichener Strukturen in der Folge deutlich mehr. Doch diese Kürzungen kosten nicht nur mehr Geld, um die entstandenen Folgen aufzufangen, sondern auch Menschenleben. Man muss nur einen Blick auf Schutzhäuser, Gewaltschutzprojekte, die Suchthilfe oder Straßensozialarbeit werfen, um die dramatischen Folgen zu erkennen.

Zudem bedroht diese Kürzungspolitik Existenzen, verstärkt die soziale Ungleichheit und gefährdet damit weiter den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Sozialkürzungen untergraben bereits jetzt unsere Demokratie!

### **UNSERE FORDERUNGEN:**

- **Eine finanzielle Stärkung der Kommunen**

Durch eine Reform des Bundesfinanzausgleichsgesetz müssen Kommunen mehr Mittel erhalten, etwa durch einen höheren Anteil an Mehrwertsteuereinnahmen. Nur so können Städte und Gemeinden ihre wachsende Zahl an Aufgaben auch erfüllen.

- **Die Herstellung von Steuergerechtigkeit**

Während die breite Bevölkerung ihren Steuerpflichten nachkommt, entgehen dem Staat jährlich Milliarden durch unzureichende Besteuerung hoher Vermögen. Die Vermögenssteuer war bis 1996 etabliert - seit ihrer Abschaffung sind dem Staat fast 400.000 Millionen Euro entgangen.

- **Die konsequente Verfolgung von Wirtschafts- und Steuerkriminalität**

Steuerbetrug und Finanzkriminalität kosten, wie im Cum-Ex-Skandal, den Staat Milliarden. Eine konsequente Verfolgung und strengere Finanzmarktregulierung könnten nicht nur Milliarden zurückholen, sondern auch zukünftigen Betrug verhindern.

- **Eine Reform der Schuldenbremse**

Die Vermeidung von Schulden soll zukünftige Generationen entlasten - klingt fair, ist aber kurzsichtig. Unterlassene Investitionen wie in Jugendarbeit, Bildung, Kultur oder Klimaschutz hinterlassen finanziell und gesellschaftlich höhere Kosten. Wenn die Politik hier spart, überlässt sie den künftigen Generationen die Renovierung maroder Schulen, die unbewältigten Folgen der Klimakrise oder die Lösung der gesellschaftlichen Probleme, die sich durch Kürzungen weiter verschärfen. Das zusätzliche Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaschutz könnte ein wichtiger Impuls sein, reicht aber nicht aus. Wir fordern eine Reform der Schuldenbremse, die nachhaltige Investitionen in alle einleitend genannten Bereiche ermöglicht. Gleichzeitig sehen wir die Verknüpfung der aktuellen Grundgesetzänderung mit einer zunehmenden Aufrüstung kritisch.

- **Eine sozial gerechte Politik**

Lebensgrundlagen wie Energie oder Wohnraum dürfen nicht länger der Profitmaximierung unterworfen sein. Demokratische Modelle der Daseinsvorsorge - etwa genossenschaftliche Wohnkonzepte oder eine stärkere Regulierung großer Immobilienkonzerne sowie die Vergesellschaftung zentraler Infrastrukturen - stellen soziale und ökologische Interessen in den Vordergrund und können erste Schritte in die richtige Richtung sein.

## Langfristig denken - Reichtum umverteilen!

Deutschland ist ein wirtschaftlich starkes Land. Die Frage ist nicht, ob wir investieren können, denn das Geld ist da, sondern wofür.

Wir brauchen eine Politik, die langfristig denkt: Investitionen etwa in Bildung, soziale Infrastruktur, Kultur oder Umweltschutz, sind keine Ausgaben ohne Gegenwert – sie sind essenziell für eine gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft. Doch Veränderung kommt nicht von selbst. Allein in unseren Städten und Gemeinden sind wir gegen diese Kürzungspolitik machtlos. Deshalb müssen wir uns gegen die aktuellen Entwicklungen organisieren und uns auf die künftige Haushaltspolitik vorbereiten.

**Schließt Euch uns an - gemeinsam setzen wir uns für eine gerechte und solidarische Zukunft ein! Wir stehen zusammen und lassen uns nicht gegeneinander ausspielen!**



**ALLIANZ FÜR SUBSTANZ**



**WEITERSO!**  
KOLLEKTIV

